

Entwicklungen in Deutschland

Autor(en): **Behrens, Eduard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157016>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entwicklungen in Deutschland.

Von Eduard Behrens.

Der Bankrott der Kommunisten.

Dreißig Tote, zweihundert Verwundete, tausend Gefangene: über der Bilanz der Berliner Ersten Mairschlacht, provoziert durch das wochenlange Prahlen der Kommunisten mit Bürgerkrieg und brutal durchgeführt von einer sozialistisch geleiteten Polizei, wären vor zehn, noch vor sechs Jahren die deutschen Massen aus der Haut gefahren; eine Regierung, erst recht mit einem sozialistischen Reichskanzler, hätte den laufenden Tag nicht überlebt. Diesmal haben die Massen kaum gemuckt. Zum Protest gegen das Blutbad verkündigten die Kommunisten sofort den Generalstreik. Von der Million Berliner Arbeiter streikten keine fünftausend, von den zwanzig Millionen Proletariern im ganzen Reich keine fünfzigtausend. Im Organ der linkskommunistischen Opposition „Gegen den Strom“ steht die Erklärung eines kommunistischen Parteisekretärs vor der Düsseldorfer Parteiarbeitskonferenz des 10. Mai: „Die Losung des politischen Massenstreiks ist überhaupt keine Aktions-, sondern nur eine Propagandalosung gewesen, an deren Durchführung die Parteileitung selbst nicht glaubte.“

Ein Monat ist vorüber, Alles ist vergessen. Der Propagandastoff war selten gut; die Kommunisten mußten ihn liegen lassen, weil sie bei den Massen keine Resonanz mehr haben. Durch das Spiel mit dem Feuer am 1. Mai, „mangelhaft vorbereitete Machtprobe gewissenloser Putzschisten“, verlor die Partei abermals Scharen von Mitläufern. Ein Gewährsmann, der über die Vorgänge in der kommunistischen Partei „besonders gut informiert ist“, erzählt der demokratischen „Vossischen Zeitung“: „Von den 500,000 Mitgliedern der kommunistischen Partei Deutschlands nach der Spaltung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei 1921 sind heute kaum 100,000 übrig geblieben.“ Der Gesinnung der Arbeiter in den großen Industriewerken stellt der kommunistische „Parteiarbeiter“ vom Mai diese Zensuren aus: Griesheim-Elektron — kein Offensivgeist! Farben- und Anilinfabrik Wolfen — die Kompromißler! Osram-Berlin — echt versöhnlerisch! Siemens-Elmawerk — die Großmütigen! Siemens-Kabelwerk — die Nur-Gewerkschaftler! Otis-Borsigwalde — erst manövrieren, dann riskieren! AAG-Niederschöneweide — glatter Opportunismus! AAG-Lokomotivfabrik, Hennigsdorf — dem Kampf aus dem Wege! Siemens-Schuckert, Nürnberg — Kuhhandel! A.-G. Weser, Bremen — keine Courage! Es vergeht kaum ein Tag ohne Übertrittserklärung eines bekannten kommunistischen Funktionärs von der KPD. zur SPD. Gestern waren es zwei Koryphäen der Kommunisten Sachsens, die Dresdener Stadträte Wettengel und Zinke, heute ist es der streitbare und um die revolutionäre Arbeiterbewegung sehr verdiente Oswald Dchel, Redakteur der „Freiheit“ und Vorsitzender der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zu Düsseldorf. Dezimiert, führerlos, ohne wahres Ziel, ohne Selbstvertrauen, jeden Respektes bar, vom Ausland gestützt und

bezahlt — derart auf den Hund kam die revolutionäre Aktion, die vor zehn Jahren die Männer des alten Regimes schier in die Mäuselöcher trieb oder über die Landesgrenzen jagte und das Bürgertum in seiner Angst zu den schimpflichsten Kapitulationen bereit fand!

Die Entwicklung mußte so sein. Vom Moment an, wo die Massen wieder Daseinsmöglichkeit, Konsequenz und Arbeitslust spürten, verlor die Hunger- und Katastrophenpsychose die Gewalt über sie, und die Chancen der internationalen Nutznießer fielen. Der Kommunismus lebt von der Ausichtslosigkeit und der Verzweiflung der Massen: In Rußland mag er eine Zeit lang noch leben. Aber der deutsche Arbeiter dankt für eine „proletarische Kultur“. Der deutsche Arbeiter, wie die Arbeiter aller andern Länder, schämt sich im Grund, daß er ein Proletarier ist. Der Arbeiter will nur das Eine: Heraus aus dem Proletariat! Jeder Arbeiter und Proletarier denkt nur daran, wie er sich und seinen Kindern ein besseres Leben sichern, wie er am schnellsten ein Bürger werden kann. Das ist nicht sehr heroisch, aber dafür ist es wahr. Der Kommunismus in Deutschland geht bankrott, weil er unzeitgemäß geworden und unehrlich ist. Unzeitgemäß: Die Zeit der Verzweiflung ist vorbei. Unehrllich: Der deutsche Arbeiter ist dem Kommunismus gut genug höchstens als Objekt für gefährliche soziale Experimente im Auftrag einer fremden Macht, Rußland. Das hat der Arbeiter endlich begriffen. Der Kommunismus in Deutschland ist volksfremd. Als reale politische Größe hat er, falls er nicht wieder Nutznießer einer Wirtschaftskatastrophe werden kann, wohl für lange ausgespielt.

Der sozialistische Wille zur Macht.

Bankrott der Kommunisten, gute Zeit für die Sozialisten! Als die Sozialdemokratie vor einem Jahr die Führung der Staatsgeschäfte übernahm, hatte sie schlechte Propheten: In spätestens einem Jahr ist die Partei von der Macht verbraucht, in sich zerfallen und gesprengt. Die Gewinner werden die Kommunisten sein. Ein Jahr ist vorbei. Mit Kompromissen und Rücksichten wurde wahrlich nicht gespart. Die Sozialdemokratie sitzt fester im Sattel als je. Vor einem Jahr mußten die Deutschnationalen ihr Mitregieren quittieren mit einem sehr großen Verluß an Mandaten für den Reichstag. Das eine Regierungsjahr brachte der Sozialdemokratie ein Mehr ein von 150,000 Beitrittserklärungen. Die Partei zählt heute eine Million eingeschriebene Mitglieder. Groß und berechtigt war das Selbstbewußtsein der Führer am Parteitag der letzten Maiwoche in Magdeburg. Die Opposition hatte Überfluß an Stoff: Konkordat mit dem H. Stuhl, Panzerkreuzer, Wehrfrage, die Kompromisse mit der Bourgeoisie, die Toten des 1. Mai, die steuerlose Reichsanleihe, „größter Skandal der deutschen Finanzgeschichte“ —, aber die Opposition, die seit dem letzten Parteitag vor zwei Jahren in Kiel von 55 auf 138 Stimmen anwuchs, kam nicht auf. Man ließ sie ruhig sich ausreden. Kurz vor der Abstimmung fuhr dann immer eine große Kanone auf und zerschob die Argumente zu Atomen. Der preußische Ministerpräsident Braun sprach für das Konkordat, der Reichskanzler

Hermann Müller für Panzerkreuzer und Koalition, Reichsinnenminister Severing für Wehrhaftigkeit und Wehrbereitschaft. Die Regie war glänzend, das Präsidium handhabte virtuos Otto Wels, ein ehemaliger Tapezierergeselle. Er zog mit populärer Geste die Kutte aus und amtierte in Hemdsärmeln. Vermeintliche populäre Geste, denn niemand folgte dem Beispiel. Der Parteitag, eingedenk seiner Würde und repräsentativen Bedeutung, bestand auf Form und Haltung. Als ein sächsischer Oppositionsmann das Wort „Proletarier“ immer wieder in den Mund nahm, erscholl aus der Mitte der Versammlung der Ruf: „Was Proletarier! Reden Sie doch nicht immer von Proletariern!“ Und als der Breslauer Eckstein ausrief: „Wir sind nicht für diesen Staat verantwortlich, sondern nur für die Arbeiterklasse!“, wurde er vom Reichskanzler Müller, und die große Mehrheit der Versammlung klatschte Beifall, angegriffen: „Das schlägt allem ins Gesicht, was wir seit zehn Jahren gesagt und getan haben!“

Den stärksten persönlichen und sachlichen Erfolg auf dem Reichstag hatte, wie billig, der stärkste Kopf der Partei, Karl Severing, der Reichsinnenminister. Severing, einst Proletarier, Fabrikarbeiter, wurde durch Talent, Härte, großes Glück, der Politiker, der Staatsmann, zu dem die politisch so kopfscheuen Deutschen noch am meisten Zutrauen haben. Wenn man einem politisch versierten Deutschnationalen ganz heimlich „auf den Zahn fühlt“: „Wer unter Allen ist Ihr Mann?“, so kann es sein, daß er flüstert: „Severing.“ Angenommen, Deutschland wacht eines Morgens auf und habe einen Diktator. Als Mussolini wird es nur einen ertragen: Severing. Es ist Mode, auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, der Kommunist schimpft ex officio, es schimpfen die Deutschnationalen, die Demokraten schimpfen, die Literaten. Der Ausländer, dessen Gefühl nicht engagiert ist, wundert sich: Ohne die Sozialdemokraten wäre Berlin heute vielleicht bolschewistische Zweigstelle und dann adieu Demokraten, deutschnationale Belange, Literatur! Und was haben die Sozialdemokraten verbrochen? Was die guten und anständigen Politiker überall „verbrechen“: Daß sie die Welt so sehen wollen und so nehmen wollen, wie sie ist und daß sie sehen wollen, wo die Menschen der Schuh wirklich drückt.

Die Opposition verlangte von Parteitag und Regierung: Keinen Pfennig für die Reichswehr! Lehnt die Landesverteidigung ab! Darauf antwortete Severing: „Das Wichtigste ist, daß wir die Reichswehr republikanisch und demokratisch machen. Das geschah nicht, wie es hätte geschehen müssen. Die Reichswehr ist nicht allein daran schuld, wir sind es auch. Warum haben wir die Polizei fest in der Hand? Weil wir sie mit frischen jungen Gewerkschaftlern auffüllten. Wir müssen auch die Reichswehr in die Hand bekommen. Wer Polizei und Reichswehr hat, hat den Staat. Richtlinien sind ganz gut, aber wichtiger ist doch die Macht.“ So sprach endlich ein deutscher Staatsmann. Die Sozialdemokratie will die Macht. Sie verkündigt es durch den Mund ihres stärksten Exponenten. Es gibt in Deutschland vor allem zwei Männer, die beweisen, daß sie die Macht zu gebrauchen wissen, die beiden sind Sozialdemokraten:

Severing und sein ehemaliger Kollege von der Preußenregierung, der noch amtierende preußische Ministerpräsident Braun.

Severing und Braun und hinter ihnen die bewährte Phalanx aus dem breiten Volk herangebildeter sozialdemokratischer Funktionäre geben der Sozialdemokratie das Recht, den Anspruch auf die Macht zu tun. Die Massen sind mit dem Übergehen der Führer von der Phrase, die nichts kostet, zum Kampf um die Macht, um die Behauptung der Macht, wohl einverstanden. Nur die reale Macht wird dem Arbeiter möglich machen, was er im Grund will: Nicht mehr Proletarier sein müssen. Der Weg, den die deutsche Sozialdemokratie beschreitet, ist der allein gegebene. (Wenn überhaupt ein Weg gegeben ist.) Systematisches Erkämpfen aller Positionen der Macht im Gegenwartsstaat: Die Sozialdemokratie hat dazu die Führer und die Massen. Möge sie das Vertrauen der Massen rechtfertigen!

Die Sozialdemokratie und die Nation.

Wer Kraft, Jugend, Zukunft sehen will, nehme sich Zeit und Mühe und fahre einen Sonntag lang mit den Ring- und Vorortbahnen Berlins mächtige Peripherie ab. Ketten junger Leiber im Training auf hundert Sportplätzen umsäumen die Reichshauptstadt. Das Berliner Bild ist draußen im Reich tausendfach wiederholt. Jeder zehnte Deutsche ist aktiver Sportler. Dem Reichsausschuß für Leibesübungen gehören 47 Verbände mit rund 7 Millionen Mitgliedern an. Ein großartiges physisches Erwachen und sich Recken verwandelt das Volk, das sich physisch früher so vernachlässigte. Weit weniger zielsicher, durch die Sportbesessenheit fast absorbiert, bewegt sich die Jugend politisch. Was sich „vaterländische Bewegung“ nennt, ist nicht viel mehr als ein Begriff, ein Wirrwarr von Mißverständnissen, Vorurteilen, unmöglichen Perspektiven. Eine wahre öffentliche Meinung, eine sichere Volkseinheit im Rücken, statt eines Vakuums, und die Pariser deutschen Sachverständigen hätten wohl Besseres herausgeholt, als sie unter den gegebenen Umständen herausholen konnten.

Dennoch ist etwas Unterirdisches im Fluß, seit die Sozialdemokratie national langsam einbiegt, als stärkste Regierungspartei einbiegen muß. Das sozialistische Magdeburger Bekenntnis zur Landesverteidigung und zum Wehrhaftsein ist von großer Bedeutung. Auf der Generalversammlung des republikanischen Schutz- und Truxbundes „Reichsbanner“ zu Hannover — der Gewalthaupe des Bundes ist sozialdemokratisch — nahm Otto Hörsing, der sozialistische Magdeburger Oberpräsident und Bundesvorsitzende, widerspruchslös in schärfster Form gegen die Pazifisten und einen ihrer Wortführer, den General a. D. v. Schönaiß, Stellung. Herr v. Schönaiß, bis jetzt Mitglied des Reichsausschusses des Reichsbanners, wurde nicht wiedergewählt. Neu ist die Annäherung Jungdeutscher Orden-Reichsbanner. Jungdo, der große, militärisch aufgezogene Bund, machte innerhalb weniger Jahre die außerordentliche Wandlung durch von einer nationalistischen republikfeindlichen zur republikfreundlichen Organisation. Er trägt dem Reichsbanner ein rich-

tiges Bündnis an: „Es droht nicht die Gefahr eines Angriffs von außen, sondern die Gefahr der Unterwühlung im Innern. Wir sind bereit, in gemeinsamer Arbeit alle Gegensätze zurückzustellen. Diese Gegensätze sind nicht im Stand, den volksnationalen Kämpfer vom Reichsbannermann zu trennen, wenn die Garantie da ist, daß beide für die Freiheit Deutschlands und für einen geordneten, starken und gerechten Volksstaat arbeiten und kämpfen.“ Wenn die deutsche Arbeiterschaft als Ganzes national, vaterländisch bewußt wird, erhält Deutschland ein ganz neues Gesicht. Erst wenn sie von der großen Mitte der werktätigen Arbeit belebt ist, hat die jetzt verzettelte, an hundert Strängen zugleich ziehende und zerrende vaterländische Bewegung Sinn und Zukunft. Eine deutsche Politik, welche den Arbeiter ignoriert oder gar gegen sich hat, ist keine deutsche Politik. Die vaterländische Bewegung, heute gefördert und geführt fast durchwegs von Parteigängern des alten Regimes, ist im Grund gerichtet gegen die deutsche Arbeiterschaft, deren mächtige Emanzipation und deren Recht zur Mitsprache und Mitentscheidung sie einfach nicht wahr haben will. Viele Tausend echte, vornehme, für die Zukunft geschaffene Deutsche gehören diesen Verbänden an, Stahlhelmer, Nationalsozialisten, gerade Nationalsozialisten, aber die Leiter, Bombasten wie Hitler und der Stahlhelmgeneral Selbte, machen die Vereine weitherum lächerlich, unerträglich, unpopulär. Der „Stahlhelm“ mit seinem Klimbim und Geschnarr auf der Münchener Bundestagung Ende Mai fiel manchen Bayern schwer auf die Nerven.

Bestes altes Bürgertum verarmte an Umsturz und Inflation und kam unter Rad. Daß diese Menschen die Schuld an ihrem Unglück auf den Gegenwartsstaat wälzen, ist verständlich. Daß Tausende der alten Zeit dem Kaiser, den Fürsten die Treue bewahren und vom Heute nichts wissen wollen, ehrt sie. Aber eine Aktion aus der Mitte der Verbitterten, Erniedrigten und Beleidigten heraus ist ohne Kraft und sympathische Werbung, ist ohne Zukunft. Ein Stand unter allen hat Zukunft, weil er mit der Vergangenheit nicht belastet ist: Der Arbeiter. Man muß den Arbeiter vaterländisch machen! Die Sozialdemokratie will die Macht im Staat; das kann sie nur, wenn sie sich mit Staat und Vaterland identifiziert. Ein wahrer deutscher Volksstaat — und die soziale Ruhe ist, soweit sie verbürgt werden kann, verbürgt und die Gespenster des Bolschewismus sind für immer gebannt. Das Bürgertum, besonders das deutschnationale, müßte den Sozialdemokraten für ihre neue Entwicklung auf den Knien danken. Aber die maßgebende deutschnationale Gruppe unter der Führung des Geheimrats Hugenberg vom Scherl-Verlag bekämpft und bedroht den Gegenwartsstaat heute erbitterter als je. Die Erbitterung hat ihre guten Gründe.

Die Pariser Entscheidung ist gefallen, und Deutschland kann nicht jubeln. Zur propagandistischen Verschleierung der Summe, die nach der schon vollbrachten Leistung von 35 Milliarden während zwei Generationen noch gezahlt werden soll, wurde in Paris ein „Gegenwartswert“ von 37 Milliarden errechnet. Soweit wäre die Entente den Deut-

ſchen entgegengekommen! Aber dieſe fiktiven 37 ſind in Tat und Wahrheit 80 Milliarden, etwas weniger als die Hälfte des gegenwärtigen deutſchen Nationalvermögens. Kein Deutſcher glaubt, daß dieſer Tribut, begründet mit dem erzwungenen Bekenntnis zur Alleinſchuld am Krieg im Verſaillervertrag, je bezahlt werden wird. Es iſt vorgeſehen, daß der Youngplan verändert werden kann. Und er wird wieder verändert werden, in Güte oder dann — mit Gewalt. Ein halbes Jahrhundert und mehr Tributpflicht für das ſtärkſte Volk des Erdteils?! Aber in Paris begann eine Atempause für Jahre. Dieſe Atempause erreicht zu haben, iſt ein großer Gewinn, Zeitgewinn für den Gegenwartſtaat, der von der dringenden Außenſorge endlich befreit, nun die große, immer wieder verſchobene Arbeit im Innern beginnen kann. Die Sozialdemokratie ſchickt ſich an, den Staat in die Hand zu bekommen. Die Stunde iſt entſcheidend. Der Gegner ruft zur entſcheidenden Sammlung und bereitet den Gegenſchlag vor, nachdem er umſonſt verſuchte, die Pariſer Konferenz zu ſtören und zu ſprengen.

Ein gutes Geſchick bewahre Deutschland jetzt vor den innern Wirren, worüber ſo viel gemunkelt wird. Denn zum erſten Mal ſeit dem Jahr des Schreckens 1918 taucht im deutſchen Labyrinth der rote Faden auf, der dieſem Volk ſo ſehr gefehlt hat. Hätte es ihn beſeſſen, vieles wäre heute anders. Unter den Deutſchen aller Klaſſen und Bekenntniſſe fängt langſam ein einiges Denken und Wiſſen an: Von rechts nach links ſind ſie heute überzeugt, daß die deutſche Alleinſchuld am Krieg, dieſer „Blankowechſel“ für Unrecht und Willkür, eine Geſchichtslüge iſt, die getilgt werden muß. Sie ſind überzeugt, daß ſie von draußen nichts erwarten können, ſondern alles aus eigener Kraft tun müſſen, der Völkerbund iſt in Deutschland ſehr „unten durch“. Sie ſind endlich überzeugt, daß man Haare auf den Zähnen haben muß, um in dieſer Welt zu beſtehen. Kein Deutſcher anerkennt das Veto gegen den Anſchluß, keiner die Dauer der Grenzen im Oſten. Die Demütigungen, angehäuft von den ehemaligen Landesfeinden ſeit zehn Jahren, haben ihr längſt vorausgeſagtes Werk getan. Die Deutſchen wiſſen, daß ſie auf Gedeih und Verderb zuſammen ſind. Der Ausländer verſteht nur nicht, daß ſie es nicht längſt wußten. Kein Land hat ſchlechtere Grenzen, kein Volk iſt von Natur aus weniger mit Einheit begabt, kein Volk iſt den andern Völkern ſo wenig begreiflich und vertraut. Man hat die arbeitsbeſeſſenen Konkurrenten nicht gern, heute wie damals nicht gern. Kein Volk müßte mehr zuſammenhalten, keines iſt im Innern ſo zerriſſen. Man verſteht die Sehnsucht ſo vieler nach dem großen unbekümmerten Muſſolini und ſeinem Gewaltſtaat. Doch ein erſter Anfang iſt getan, ein ganz kleiner Anfang nur. Die Vollendung gehört der Zukunft. Die beſten und kräftigſten Deutſchen ſtehen im Arbeiterſtand und im großen Generalſtab der Induſtrie. Beide bedroht die Maſſenoffenſive des amerikaniſchen Kapitals. Eine Solidarität zwiſchen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gerade im Induſtriezentrum, im Ruhrgebiet, war gelegentlich ſchon da. Wenn die Deutſchen in Ruhe gelaffen ſind, wenn ſie ſich ſelbſt in Ruhe laſſen, entſteht auf deutſchem Boden vielleicht

die Basis und Bürgschaft einer bessern Zukunft: Der Friede zwischen Kapital und Arbeit.

Viscount D'Abernon's „Memoiren“.

Von Kurt Leffing.

II.

Leider gibt uns das Tagebuch keine Belege dafür, wieweit D'Abernon in seiner Wirksamkeit durch das Foreign Office eingengt bzw. getrieben worden ist. Man kann ohne weiteres annehmen, daß D'Abernon in seinen Berichten nach London Vorschläge gemacht hat, welche Stellung in dieser und jener Sache der deutschen wie der französischen Regierung gegenüber einzunehmen sei, worauf dann das Foreign Office ihm Weisung erteilte, was er zu tun habe. Wir werden als wahrscheinlich annehmen dürfen, daß D'Abernon in Briefen an Lloyd George und Curzon die von ihm für richtig erkannte Politik verfocht und Antwort erhielt. Das Tagebuch enthält (wahrscheinlich infolge seiner Zurechtmachung für die Veröffentlichung) nichts davon. Nur eine Stelle läßt uns als wahrscheinlich erkennen, daß es an Kampf zwischen dem Botschafter und seiner vorgesetzten Behörde nicht gefehlt hat. Es ist der in dem der Quellenkritik gewidmeten Abschnitt erwähnte Bericht über eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Tuszar. Wenn er von diesem berichtet, daß er die französische Politik für vollkommen wahnsinnig hält und zu Anfang und zu Ende hervorhebt, welche ausgezeichnete Kenner Deutschlands Tuszar sei (der einen mit Frankreich verbündeten Staat vertritt), so wird man daraus schließen können, daß D'Abernon ihn als Zeugen braucht, weil trotz seiner Berichte das Foreign Office von dem Wahnsinn der französischen Politik nicht überzeugt war. — Eine andere Stelle läßt uns darauf schließen, wie sich D'Abernon (nach erfolgter Abstimmung) die Lösung der oberschlesischen Frage dachte. Er schreibt zum 7. Oktober 1921: „... Während es von größter Bedeutung ist, das Industriegebiet ungeteilt unter deutscher Führung zu belassen, wird weder das Ende der Welt gekommen sein, noch der englische Einfluß in Deutschland aufhören, wenn ein kleiner Teil des Gebietes gegen Entschädigung abgetrennt werden sollte.“*) Danach dürfte D'Abernon in London dafür eingetreten sein, daß Polen für den ihm zufallenden Teil eine Entschädigung zahle. (Daß die britische Politik dafür eintrat, daß die Volksabstimmung wirklich berücksichtigt werde, ist bekannt.)

*) Tagebuchnotiz zum 9. Juni 1921: In der oberschlesischen Frage „befürwortet Moskau die polnische Lösung, hauptsächlich, weil sie die denkbar schlimmste ist. (Ganz Oberschlesien an Polen.) Die Russen glauben, daß die Polen die Industrie herunterwirtschaften werden, und daß ihr Zusammenbruch den Beweis der kapitalistischen Unfähigkeit erbringen und auf diese Weise dem Kommunismus zum Vorteil gereichen wird.“